

# Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

## Konsolidierung des Bezirkshaushalts droht

Bericht aus der 26. Tagung der BVV Pankow

Als die Bezirksverordneten am 13. November zur 26. Tagung zusammenkamen, lagen die beiden großen Erdbeben, die das politische Deutschland erschüttert hatten – die erneute Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und der Bruch der Ampelkoalition im Bund – erst eine Woche zurück. Inzwischen ist klar: Schon sehr bald, am 23. Februar 2025 wählt Deutschland seinen Bundestag neu.

Einen ersten, zarten Vorgeschmack auf den Winterwahlkampf gab es am Mittwochabend in der BVV. Es wurden ungewohnt viele Debatten angemeldet, wodurch die Tagesordnung kaum zu schaffen war. Um drei Anträge konnte gestritten werden und das nicht zu knapp – insbesondere zum Mauerpark.

Zur Erinnerung: Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) hatte im September einen „Arbeitsentwurf“ für eine neue Parkordnung vorgelegt. Dieser wird jedoch aus Sicht unserer Fraktion, der SPD und der Bürgerinitiative Freunde des Mauerparks e.V. dem besonderen Charakter des Parks nicht gerecht. Er strotzt nur so vor Restriktionen, unter anderem für Straßenmusik, Grillen und Graffiti. Alles, was den Park zu dem macht, was er ist, wird faktisch untersagt. Damit wendet sich der „Arbeitsentwurf“ auch gegen die Beschlusslage der BVV, jede zukünftige Parkordnung müsse den einzigartigen Charakter des Parks als kreativen Kultur- und Freiraum beachten. Einem Antrag von Linken und SPD, der fordert, die Beschlusslage und die Interessen der Akteur\*innen im Mauerpark zu

berücksichtigen und jede künftige Parkordnung der BVV zur Zustimmung vorzulegen, wollte Grün-Schwarz-Gelb jedoch nicht zustimmen. Stattdessen wurde ein Grüner Änderungsantrag verabschiedet, der die Bedingung der Zustimmung der BVV rausstrich und beerdigte. Erfolgreich hat die Jamaika-Zählgemeinschaft nach dem Haushalt also auch den Mauerpark in das Reich der Hinterzimmer verschoben.

Im Anschluss nickten Grüne, CDU und FDP auch noch den Vertragsschluss mit Grün Berlin GmbH zur Parkpflege ab, anstatt die zuständige Stadträtin für ihre Kompetenzüberschreitung und die Missachtung der Rechte der BVV zur Verantwortung zu ziehen. Stadträtin Anders-Granitzki beantragte im Vorfeld der Sitzung einen dazugehörigen Antrag von Linksfraktion und SPD von der Tagesordnung zu nehmen, der die Beteiligung der BVV an dieser weitreichenden Entscheidung einforderte. Entgegen aller bisherigen Erfahrungen mit der Grün Berlin GmbH zum Trotz ging die Stadträtin für den Bezirk Verpflichtungen ein, der nicht nur diesen, sondern auch kommende Haushalte betreffen wird. Die BVV als Haushaltssouverän wurde erneut ignoriert.

Einen Nachhall fand die Haushaltsdebatte auch durch den Antrag unserer Fraktion für den seit vier Jahrzehnten geplanten Ersatzneubau für die kommunale Jugendfreizeitanlage MAXIM. Das Bezirksamt will den Bau nun doch beginnen, plant aber nach wie vor seine Verschiebung. Dadurch werden Gelder

frei, die zum Ausgleich eines Teils der Kürzungen in Jugend und Soziales genutzt wurden – ein riskanter Taschenspielertrick, der einen Rattenschwanz nach sich ziehen könnte. Das wurde bereits im Rahmen der Debatte um das Sanierungskonzept in der Sondertagung am 17. Oktober sichtbar.

Aller Kritik von Zivilgesellschaft, Linksfraktion und SPD zum Trotz, hat Grün-Schwarz-Gelb das Sanierungskonzept des Bezirksamtes durchgedrückt.

Der Sparzwang belastet die Bereiche Jugend und Soziales am stärksten. Anstatt Widerstand aufzubauen, setzt das Bezirksamt und die Jamaika-Zählgemeinschaft weiterhin auf das Prinzip Hoffnung und rechnet mit einem positiven oder zumindest minimal-negativen Jahresabschluss 2024. Der ist jedoch nicht zu erwarten. Das Damoklesschwert der Konsolidierung hängt also weiterhin über dem Bezirk und das bis 2027 terminierte Sanierungskonzept definiert bestenfalls nur dessen Fallhöhe. Linksfraktion und SPD kritisierten das Vorgehen scharf, während Grüne, CDU und FDP sich schützend vor das Bezirksamt warfen. Wir aber stehen weiter an der Seite der Pankower\*innen und werden daran erinnern, wer die Verantwortung für das kommende Sparkorsett trägt.

Die BVV arbeitete ihre Tagesordnung nicht ab. Die Bezirksverordneten werden daher am 27. November zu einer Fortsetzungssitzung zusammenkommen..


## Drucksachen



### Möbliertes Kurzzeitwohnen regulieren

Überall steigen die Mieten. Gerade in Pankow müssen die Menschen immer tiefer in die Tasche greifen, um sich das Dach über dem Kopf leisten zu können. Eine Ursache für den Mietenwahnsinn ist die weitverbreitete Zweckentfremdung von Wohnraum. Zwar unterliegt die Vermietung von möbliertem Wohnraum theoretisch der Mietpreisbremse. Weil aber der sogenannte Möblierungszuschlag gesetzlich nicht geregelt ist und nicht separat ausgewiesen werden muss, wird selbst die spärlichste Möblierung regelmäßig zur Umgehung der Regelung genutzt. Hinzukommt, dass Vermietung „zum vorübergehenden Gebrauch“ ebenfalls von wesentlichen mietrechtlichen Regelungen ausgenommen ist. Zusammen führen diese Schlupflöcher dazu, dass die Durchschnittsmieten in diesem Segment mit über 24 €/m<sup>2</sup> weit über dem Mietspiegel liegen. Eine Zumutung.

Wir fordern das Bezirksamt daher auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen um diese systematische Umgehung des Mieterschutzes

einzudämmen. Dazu gehört, dass die möblierte oder temporäre Vermietung von Wohnraum in Milieuschutzgebieten als unzulässige Zweckentfremdung behandelt wird und geprüft wird, für welche Formen der möblierten oder temporären Vermietung eine Untersagung nach dem Zweckentfremdungsrecht möglich ist. (Drucksache IX-1047) 




### Neues Millionendefizit verhindern – Alternatives Finanzierungsmodell für die Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen aushandeln

Das Sanierungskonzept des Bezirks Pankow baut maßgeblich darauf auf, dass der kommende Jahresabschluss keine neuen Defizite generiert. Nur dann kann der Bezirk sich aus dem aktuellen Rekordminus von rund 26 Mio. € herausarbeiten – eine Kraftanstrengung, die zwei konkrete Maßnahmen braucht: Einerseits dürfen sich die Versäumnisse des vergangenen Jahres nicht wiederholen. 2023 wurde der Haushalt nicht ausreichend überwacht. Denn bereits im Herbst war klar,

dass einige Ausgaben durch die Decke gehen. Auch im laufenden Jahr ist ein ähnliches Szenario bereits absehbar. Deshalb braucht es jetzt eine gezielte Steuerung.

Andererseits braucht es dort, wo nicht gesteuert werden kann, tragfähige Alternativen. Denn die größten Defizite gründen sich auf Fehlanreizen und Fehlstellungen des Zuweisungsmodells des Senates für die Bezirke, das die realen Bedarfe nicht angemessen erfasst und die Lebensrealitäten der Menschen in ein enges, technokratisches Korsett zwingt.

Von diesem Korsett können die Bezirke aber nur befreit werden, wenn im Rat der Bürgermeister\*innen ein alternatives Modell erarbeitet wird. Für den Schulerschluss unter den Bezirken gibt es eine Jahrhundertchance. Ein Großteil der Berliner Bezirke hat vom bisherigen Finanzierungsmodell profitiert. Das ist jetzt vorbei und damit der Weg geebnet, um Alternativmodelle zur Zuweisung von Mitteln des Landes an die Bezirke auszuhandeln. Unser Antrag gibt politischen Rückenwind und konkrete Ansätze für nachhaltige und haushaltsverträgliche Verbesserungen. (Drucksache IX-1040) 

## Ungestörte Perspektiven



Von Frederik Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Es ist wieder ein bisschen stiller geworden, um das alte Güterbahnhofsgelände an der Greifswalder Straße. Im Sommer lieferte sich der Investor Christian Gérôme mit dem Bezirksamt einen öffentlichen Schlagabtausch und machte deutlich, dass sozialer Wohnungsbau im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung für ihn nicht in Frage kommt. Diese Verpflichtung gilt aber für alle, die mit Unterstützung des Bezirkes ein Baurecht bekommen wollen.

Auf unsere Nachfragen in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung zum Fortgang der Planungen und der Sicherung eines Schulstandortes, berichtete Stadtrat


Cornelius Bechtler (Grüne) dass es derzeit keine großen Fortschritte in der Zusammenarbeit mit dem Investor gibt. Die Entwicklung eines Struktur- und Nutzungskonzeptes liegt auf Eis.

Dies dokumentiert auch ein Bauantrag, der für das Gelände gestellt wurde. Die Zählgemeinschaft aus CDU, Grünen und FDP hatte die Veränderungssperre für den Planungsbereich nicht verlängert, um Herrn Gérôme mit seinen Bürotürmen, mehr Spielraum in den Verhandlungen zu verschaffen. Dies nutzt er nun, um ohne Rücksicht auf öffentliche Belange seinen Willen am Güterbahnhof mit dem Baurecht durchzusetzen.

Wir haben das Bezirksamt schon in der Vergangenheit aufgefordert, einen Schulbau nur auf den landeseigenen Flächen zu untersuchen, ohne mit einem unzuverlässigen Partner über Tauschgeschäfte nachzudenken. Diese Forderung haben wir jetzt wiederholt und wollen, das schnell entsprechende Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Wir sehen am Thälmannpark weiterhin einen großen Bedarf für soziale und grüne Infrastruktur, die umliegenden hochverdichteten Kieze lechzen nach jeden Quadratmeter Freiraum. Ein Grünzug ist durch das chaotische Lavieren der Grün-Schwarz-Gelben Zählgemeinschaft in weite Ferne gerückt. Und wie sich das Quartier hinter der Schwimmhalle in den nächsten Jahren nun tatsächlich entwickelt, kann heute kaum einer genau vorhersagen.

Die derzeitigen Zwischennutzer von Zirkus Mond sehen sich auch vor einer ungewissen Zukunft. Wie lange sie ihren Standort noch für kulturelle Nutzung zur Verfügung haben, hängt davon ab, wann und wo und ob überhaupt auf dem Gelände gebaut wird. Das jahrelange Hin und Her zerrt an den Nerven und behindert Planungssicherheit für die engagierten Künstler\*innen.

Bis dahin können wir uns noch können wir uns noch an den ungestörten Perspektiven des Baudenkmalensembles Ernst-Thälmann-Park erfreuen. 





Von Maria Bigos, Fraktionsvorsitzende



## Ersatzneubau für das MAXIM wird zur politischen Verschiebemasse

Seit 1984 bestehen Pläne, einen Ersatzneubau für die kommunale Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung MAXIM zu errichten. Erst verhinderte ihn die Wende, dann die enge Finanzsituation des Bezirks, weil vor allem in den letzten Jahren der hohe Sanierungs- und Neubaubedarf der Pankower Schulen priorisiert werden musste. Umso größer war die Hoffnung, als es gelang, den Ersatzneubau für das MAXIM im Investitionsprogramm des Landes Berlin mit Baubeginn 2022 zu verankern.

Die anfängliche Vorsicht vor zu großer Freude wich einem erleichterten Aufatmen, als nach vier Jahrzehnten endlich bauvorbereitende Maßnahmen zur Errichtung des Ersatzneubaus am aktuellen Bestandsgebäude sichtbar wurden. Der Optimismus hielt aber nur kurz. Denn im Kontext des aktuellen Rekordminus von rund 26 Millionen Euro, trat am 01. September 2024 eine sogenannte Haushaltssperre für den Bezirk Pankow ein. Seitdem darf nur noch für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Pflichtaufgaben des Bezirksamtes, für Personal oder für bereits begonnene Maßnahmen Geld ausgegeben werden. Alles andere braucht eine Ausnahmegenehmigung durch Beschluss des Bezirksamtes.

Ob der Ersatzneubau des MAXIM als begonnen gilt, war lange Zeit unklar. Das Bezirksamt hielt sich monatelang bedeckt. Erst durch hartnäckiges Fragen der Linksfraktion wurde letztlich mitgeteilt, dass die baulichen Maßnahmen am aktuellen Gebäude des MAXIM keinen tatsächlichen Baubeginn markieren, weil das neue Gebäude als solches nicht begonnen sondern dessen Bau nur vorbereitet wurde. Der Ersatzneubau stand nach langem Ringen somit wieder auf der Kippe. Unserer anhaltenden Forderung, den Ersatzneubau des MAXIM von der Haushaltssperre und allen weiteren Kürzungen auszunehmen, folgten lange lediglich Lippenbekenntnisse des zuständigen Stadtrates Jörn Pasternack (CDU) – ein bewusstes Taktieren, um sich die Mittel des Ersatzneubaus letztlich in der Hinterhand zu halten.

In einer Sondertagung der BVV am 17. Oktober 2024 wurde nämlich der eigentliche Plan des Bezirksamtes, den Bau zwar zu beginnen, aber ihn gleichzeitig zu verschieben, vorgestellt: Die so frei gewordenen Gelder wurden auf Antrag der Grün-Schwarz-Gelben Zählgemeinschaft in gönnerhafter Manier zum teilweisen Ausgleich der geplanten Kürzungen in den Bereichen Jugend und Soziales herangezogen. Doch auch diese Kürzungen sind unnötig. Das

Geld hätte man woanders hernehmen können. Dafür hätte aber die Zählgemeinschaft und das Bezirksamt ihre politische Schwerpunktsetzung überdenken müssen. Stattdessen spielen sie lieber Träger der Jugend- und Sozialhilfe gegeneinander aus.

Die halbherzige Lösung führte zu neuer Kritik: Sieht man sich die Preissteigerungen in der Baubranche an, läuft man durch eine Verschiebung Gefahr, dass das Vorhaben zur zusätzlichen Kostenfalle wird. So oder so: Das aktuelle Gebäude wird in drei Jahren die maximale Lebensdauer von 100 Jahren erreicht haben. Spätestens dann müsste das MAXIM ausziehen. Wie und wo das Angebot in einem solchen Fall aufrechterhalten werden soll, darüber machte sich das Bezirksamt keine Gedanken.

Nach langer Hängepartie und anhaltenden politischen Druck zeigt sich jetzt aber endlich ein Hoffnungsschimmer: der Senat hat auf Antrag des Bezirksamtes zugestimmt, den Fehlbetrag für den Ersatzneubau des MAXIM aus den Ausgleichsmitteln für das Sanierungsgebiet Langhansstraße zu entnehmen, um ihn so doch noch umzusetzen. Ein Erfolg, der gleichzeitig neue Fragen aufwirft, denn die Gelder waren schließlich für etwas anderes bestimmt.





### Mietersammlung im Mühlenkiez

Von Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzender

Am 9. Oktober haben wir im Mühlenkiez eine Mietersammlung mit Mieter\*innen der landeseigenen Gewobag durchgeführt, da dort vermehrt Mieterhöhungen erwartet werden und zudem zahlreiche Beschwerden teilweise unbeantwortet bleiben. Mit dabei waren unser Fraktionsvorsitzender Maximilian Schirmer, die erfahrene Mietrechtsanwältin Carola Handweg, sowie Kaspar Metzkwow, Sachverständiger für Mieten und Wohnen der Linksfraktion Pankow. In der Versammlung wurde deutlich, dass viele der Anwesenden seit Jahrzehnten im Mühlenkiez leben. Doch die Bedingungen werden zunehmend untragbar: Schimmel an den Wänden,

nicht beseitigte Brandschäden, defekte Aufzüge – insbesondere für ältere Menschen in höheren Etagen ein Riesenproblem. Beschwerden werden weder telefonisch noch per E-Mail beantwortet – durch bewusste mangelnde Reaktionen und lange Warteschleifen sollen die Mieter\*innen entmutigt werden, was letztlich zu Einsparungen für die Gewobag führt. In all dieser Dreistigkeit sollen jetzt auch noch die Mieten erhöht werden. Die Linksfraktion Pankow spricht sich entschieden gegen diese Missstände aus und hilft konkret durch Beratung vor Ort und das Schaffen von Öffentlichkeit und politischem Druck auf die Unternehmen. Bezahlbarer und gepflegter Wohnraum ist für uns ein Grundrecht, auf das alle Menschen Anspruch haben.

### Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?

Heute geht es in unserer Rubrik „Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik“ um den Bezirkshaushalt. Jeder Berliner Bezirk bekommt vom Senat Geld im Rahmen der sogenannten Globalsumme für jeweils zwei Jahre zugewiesen. Der bezirkliche Haushalt ist also ein Doppelhaushalt. Der Senat legt teilweise fest, wofür und in welcher Höhe die Gelder ausgegeben werden sollen. Das betrifft in erster Linie gesetzliche Pflichtaufgaben. Insbesondere dort, wo Gelder nicht mit Vorgaben versehen sind, also keine sogenannte „Zweckbindung“ besteht, kann der Bezirk eigene Schwerpunkte setzen. Das ist vor allem in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Beteiligung und übergeordneten Sachverhalten wie Personal möglich.

Der aktuelle Pankower Haushalt für 2024/25 umfasst rund 1,3 Mrd. €. Davon sind mit rund 140 Mio. € gerade mal 11% nicht zweckgebunden und somit für die politische Gestaltung frei. Um diesen Teil wird im Grunde in der Haushaltsplanaufstellung gestritten. Konkret sieht das so aus: Im Mai vor einer neuen Haushaltsperiode informiert der Senat den Bezirk, wie viel Geld er mit welchen Vorgaben insgesamt zur Verfügung stellt. Das Bezirksamt erarbeitet daraufhin erste Eckpunkte,

die zunächst vom Kinder- und Jugendhilfeausschuss beraten und beschlossen werden. Danach wird ein Entwurf erstellt und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorgelegt, denn die BVV beschließt den Haushalt. Das Bezirksamt setzt ihn lediglich um. Jeder Ausschuss debattiert vorher zum jeweiligen Einzelplan, das heißt zur konkreten Verteilung der Gelder im jeweiligen Geschäftsbereich. Am Ende läuft alles zu einer Schlussberatung im Finanzausschuss zusammen, der eine Empfehlung an die BVV ausspricht. Die Fraktionen können Änderungen vorschlagen, die ebenfalls von der BVV beschlossen oder eben nicht beschlossen werden. Nach Beschluss der BVV wird der Haushaltsplan noch dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur Prüfung vorgelegt. Ist der Haushaltsplan plausibel und im gesetzlichen Einklang, wird dem Haushalt zugestimmt.

### Kommunalpolitik erklärt!

Alle Einträge in dieser Reihe finden Sie auch auf unserer Seite:



So treten Sie mit uns in Kontakt

Die Linke

Fraktion in der BVV Pankow

Besuchen Sie unsere Bürger\*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro  
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109  
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an [kontakt@linksfraktion-pankow.de](mailto:kontakt@linksfraktion-pankow.de) oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher\*innen.



In unseren thematischen Arbeitsgruppen können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren Newsletter? Hier können Sie ihn abonnieren:



Folgen Sie uns auf Social Media:



[www.linksfraktion-pankow.de](http://www.linksfraktion-pankow.de)

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

[kontakt@linksfraktion-pankow.de](mailto:kontakt@linksfraktion-pankow.de)

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2024.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.